



Stadt Kamen

Niederschrift

FSG

über die

1. Sitzung des Familien-, Sozial- und Generationenausschusses
am Dienstag, dem 23.05.2017
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:20 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Klaus Gödecker
Frau Petra Hartig
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Ulrich Marc
Herr Hermann Puls
Herr Peter Resler
Frau Ulrike Skodd
Herr Bernhard van Oosten
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Herr Wilhelm Kemna
Frau Dr. Petra Kleinz
Frau Gisela Windmüller

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Marian-Rouven Madeja

FW/FDP

Herr Ulrich Müller

Gäste

Herr Maximilian Engels
Herr Nike
Herr Ringelsiep, Jobcenter Kreis Unna
Herr Michel Wegmann, Pro Mensch

Entschuldigt fehlten

Herr Gunther Heuchel
Frau Lana Schnack
Herr Franz Hugo Weber

Herr Andreas Eichler
Frau Elke Kappen
Herr Willi Präkelt

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Kemna**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und die Gäste, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Arbeitsmarktprogramm 2017 des Jobcenters Kreis Unna Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ Referent: Herr Ringelsiep	
3	Situation der Flüchtlinge in Kamen - aktualisierte Zahlen der Stadt Kamen - ehrenamtliche Begleitung Netzwerke ProMensch und EnTrA	
4	Abmahnwellen im Internet hier: Antrag der CDU-Fraktion	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Arbeitsmarktprogramm 2017 des Jobcenters Kreis Unna
Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“
Referent: Herr Ringelsiep

Herr **Ringelsiep** referierte anhand eines Konzeptpapiers, dass der Niederschrift in Kopie beigelegt ist.

Er wandte sich zunächst dem Arbeitsmarktprogramm 2017 zu. Die im Programm aufgeführten Eckpunkte seien Vorgaben des Bundesarbeitsministeriums. Idealerweise sollten diese Vorgaben des Bundes nicht im Widerspruch zu den Zielen des Kreistages stehen. Im Besonderen führte er zu der Forderung, Kundinnen und Kunden ohne Ausbildung zu Fachkräften auszubilden, aus, dass erwiesenermaßen Kunden mit Ausbildung nicht so lang arbeitslos bleiben würden.

Zu den für das Jahr 2017 vorgegebenen Zielgrößen stellte er fest, dass diese fast schon diktatorischen Charakter hätten. Seitens des Kreistages gebe es hier natürlich die Vorgabe, die Leistungen für Unterkunft und Heizung gering zu halten, da diese die kommunale Leistung bilden und unmittelbar den Haushalt belasten würden.

Eine schwierig zu erreichende Zielgröße sei nach wie vor die Steigerung der Abgangszahlen von schwerbehinderten Menschen in Erwerbstätigkeit. In welchem Maße die vorgegebenen Ziele erreicht wurden, verdeutlichte Herr Ringelsiep anhand einer von der Bundesagentur erarbeiteten Übersicht der Kennzahlen, die die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Jobcenter dokumentiert. Ausweislich dieser Übersicht belegte das Jobcenter Kreis Unna hier Spitzenplätze.

Anhand einer weiteren Übersicht dokumentierte Herr Ringelsiep die Ausgabenentwicklung bei den kommunalen Leistungen in den ersten 4 Monaten des Jahres 2017 im Vergleich zum Vorjahr. Erfreulicherweise seien hier auf Kreisebene Rückgänge zu verzeichnen. Nicht so positiv sei im Betrachtungszeitraum die Entwicklung in Unna und Selm gewesen. Bei der Bewertung des Zahlenmaterials müsse man auch berücksichtigen, dass der Kreis Unna relativ betrachtet von allen Kreisen in NRW die meisten Flüchtlinge zugewiesen bekommen hätte.

Weiteres erklärtes Ziel sei fußend auf der Ausgangszahl von 2013 die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit bis zum Jahr 2020. Anhand einer vorgelegten Tabelle belegte Herr Ringelsiep die Entwicklung, die insbesondere in Kamen sehr erfreulich sei. Hier sei im Vergleich vom Jahr 2016 zu 2017 die Zahl der jugendlichen Kunden um mehr als 26% gesunken. Auch hier müsse man wieder mit berücksichtigen, dass die Zuwanderungszahlen das Zahlenmaterial beeinflussen würden.

Als weiteres Instrument zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen die nach dem Willen der Koalitionsregierung flächendeckend einzurichtenden Jugendberufsagenturen dienen. In diesen sollen die Agenturen für Arbeit, die Jobcenter sowie die Jugendhilfeträger gebündelt zusammenarbeiten. In einigen Städten im Kreisgebiet seien bereits die notwendigen Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet worden.

Mittels einer weiteren Tabelle erläuterte Herr Ringelsiep Zahlenmaterial zum Arbeitsmarkt in Kamen. Auch hier wies Herr Ringelsiep darauf hin, dass die Zuwanderung in Zukunft massiven Einfluss auf das Zahlenmaterial nehmen würde.

Anhand eines Schaubildes stellte Herr Ringelsiep statistisches Zahlenmaterial über die Anzahl und den Umfang von Bedarfsgemeinschaften, leistungsberechtigte Personen und die Höhe der Leistungsansprüche sowie deren Entwicklung vor. Im Besonderen wies er auf die hohe und gewachsene Zahl der sogenannten Aufstocker, d.h. Personen, die trotz Erwerbstätigkeit Leistungsansprüche haben, hin. Herr Ringelsiep begründete das unter anderem damit, dass es hier sehr viele Stellen mit Mindestlohnansprüchen geben würde. Kreisweit erhielten trotz einer Vollzeitbeschäftigung 7.000 Menschen zusätzlich Leistungen vom Jobcenter.

Anschließend stellte Herr Ringelsiep Sonderprojekte im Kreis Unna vor. Das Projekt NeuStart soll langzeitarbeitslose Personen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen bringen. Es ist ein nicht nur aufgrund der Bezuschussung erfolgreiches Bundesprojekt, das aber ausläuft. Das ESF-Projekt LZA Jobinitiative wendet sich an schwerstbehinderte Langzeitarbeitslose mit dem Ziel der Vermittlung in eine nachhaltige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Das Programm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt I ist ein Bundesprogramm. Gefördert wird eine Beschäftigung auf dem sozialen Arbeitsmarkt. Die Ausübung der Tätigkeit wird begleitet. Das Beschäftigungsverhältnis soll mit max. 30 Stunden wöchentlich ausgeübt werden. Es sollen kreisweit 300 Stellen geschaffen und besetzt werden, die im öffentlichen Interesse liegen und wettbewerbsneutral sind. Vergütet wird mit Mindestlohn.

Im Jahr 2017 wurde dann das Projekt Soziale Teilhabe II gestartet. Es gelten analog die Voraussetzungen vom ersten Projekt. Zusätzlich können kreisweit 400 Stellen geschaffen werden. Der Bund trägt Kosten in Höhe von 24,5 Mio. €, das Land NRW 1,5 Mio. €. Herr Ringelsiep äußerte seine hohe Zufriedenheit über die Annahme des Projektes. Bei der Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Plätze liege der Kreis Unna beim Projekt I bundesweit auf Platz 2; rechne man beide Projekte zusammen liege der Kreis bundesweit sogar auf Platz 1. Herr Ringelsiep wies darauf hin, dass man mit der Inanspruchnahme dieser Plätze unter anderem auch dem heimischen Handel Umsatz beschere. Nicht zu unterschätzen sei auch die Tatsache, dass man die Menschen aus einer Beschäftigung heraus auch besser in eine Anschlussbeschäftigung vermitteln könne. Problematisch sei die Tatsache, dass die beiden Projekte Ende 2018 auslaufen würden. Man wisse auch nicht was passieren würde, wenn nach der Bundestagswahl unter Umständen ein neuer Minister ernannt wird.

Anhand zweier weiterer Schaubilder erläuterte Herr Ringelsiep die Verteilung der Plätze auf die Städte und jeweiligen Institutionen. Er hob noch einmal hervor, dass die Arbeit, die die Personen auf den Stellen verrichten würden, einen Wert besitzen würde.

Frau **Hartig** begrüßte die Auflage der Projekte und fragte nach, was speziell in Kamen geplant sei.

Frau **Kappen** antwortete, dass zum Sitzungszeitpunkt die Besetzung von 27 Plätzen geplant, aber noch nicht bewilligt sei. Man wolle in den Bereichen Bücherei, Kultur, Museum/Archiv, Soziale Dienste (Lüner Höhe), Kleiderkammer für Flüchtlinge und Grünflächen/Naturschutz Stellen schaffen.

Frau **Hartig** fragte nach, ob auch für den Kindergartenbereich etwas angedacht sei.

Herr **Ringelsiep** wies darauf hin, dass man immer den Aspekt der Wettbewerbsneutralität beachten müsse.

Herr **Fuhrmann** äußerte seine Befriedigung über die ins Leben gerufenen Projekte. Er fragte noch, ob man Angaben leisten könne, in welche Stellen die vormals arbeitslosen Jugendlichen vermittelt worden seien. Weiterhin erkundigte er sich nach dem Projekt „Neustart“, das doch eigentlich genau bei dem helfe, was das Jobcenter wolle: Langzeitarbeitslosigkeit beseitigen.

Herr **Ringelsiep** erwiderte, dass beim Projekt Neustart mit verstärktem Personaleinsatz gearbeitet würde. Mit intensiverer Betreuung erreiche man mehr Wirkung; dies habe man in Selm erleben können. Herr Ringelsiep bezweifelte, dass das Projekt bei schlechten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich sein würde. Die Vermittlung von arbeitslosen Jugendlichen erfolge kreisweit zu einem Drittel in Zeitarbeit, in Kamen läge der Anteil etwas niedriger. Zeitarbeit würde zwar häufig verflucht, böte aber eine Brücke. Circa 20 % der Vermittlungen erfolge in die Logistikbranche; in diesem Zusammenhang erwähnte er ein Unternehmen, dass seiner Auffassung nach häufig zu Unrecht in Verruf gerate.

Herr **Gödecker** fragte nach, warum die Vermittlung von schwerbehinderten Personen in den Arbeitsmarkt nur selten gelingen würde.

Herr **Ringelsiep** erwiderte, dass er nicht in die Köpfe der Arbeitgeber schauen könne. Fakt sei, dass z.B. mehr Urlaubsanspruch bestehe und auch Einschränkungen vorlägen. Das Problem der wenig erfolgreichen Vermittlungstätigkeit auf diesem Sektor sei aber ein bundesweites Phänomen. Er sehe hier aber eine soziale Verpflichtung; daher habe man die Anzahl der in diesem Bereich tätigen Spezialvermittler von 7 auf 12 erhöht. Diese Vermittler würden dann allerdings in anderen Bereichen fehlen.

Herr **Kemna** bedankte sich für den informativen Vortrag.

Zu TOP 3.

Situation der Flüchtlinge in Kamen
- aktualisierte Zahlen der Stadt Kamen
- ehrenamtliche Begleitung
Netzwerke ProMensch und EnTrA

Frau **Kappen** referierte anhand von Schaubildern, die der Niederschrift in Kopie beigelegt sind. Zum Sitzungszeitpunkt befanden sich noch 338 nach dem AsylbLG leistungsberechtigte Flüchtlinge in Betreuung. Darunter seien auch nach wie vor Personen aus den sogenannten sicheren Herkunftstaaten.

Sie wies darauf hin, dass die Unterbringung zu einem hohen Anteil in Wohnungen erfolge. Es gebe durchaus Fälle, in denen die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft z.B. wegen des Zusammengehörigkeitsgefühls gewünscht werde.

Derzeit werde eins der Gebäude am Mausegatt renoviert, da der Zustand es nötig mache und die Auslastung der Gebäude am Mausegatt es zulasse. Im September 2016 sei der Höchststand der Flüchtlingszahl mit 619 Perso-

nen erreicht worden. Wie weiter oben erwähnt, seien es zur Zeit 338 Personen. Jedoch seien diese Personen nicht einfach verschwunden, vielmehr hätten sie einen Rechtskreiswechsel vollzogen und seien nunmehr ggfls. leistungsberechtigt nach dem SGB II. Jedoch trage man dafür Sorge, dass bei diesem Rechtskreiswechsel der Wohnraum nicht verloren gehe und belasse diese Personen möglichst in Ihrem „alten“ Wohnraum, bis sie eine eigene Unterkunft fänden.

Aufgrund der entspannteren Situation in Bezug auf die Unterbringung äußerte Frau Kappen die Hoffnung, dass man die Einrichtung an der Dortmunder Allee bald aufgeben könne, im nächsten Jahr wisse man mehr. Frau Kappen wies darauf hin, dass seit einigen Monaten ein Arbeitskreis tage, in dem Ehrenamtler und Verwaltung vertreten seien. Dies solle zur Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Personen dienen; insgesamt entstehe hierbei eine Win-win-Situation. In Absprache mit dem Vorsitzenden habe man heute auch Vertreter von ProMensch und EnTra eingeladen, damit diese sich und ihre Arbeit dem Ausschuss vorstellen könnten.

Frau Dr. **Klein** fragte nach, wie viele Asylverfahren zum Sitzungszeitpunkt negativ abgeschlossen seien.

Frau **Kappen** sagte die Beantwortung der Frage in der Sitzungsniederschrift zu.

Anmerkung der Verwaltung: Zum Sitzungszeitpunkt waren 64 Asylverfahren negativ abgeschlossen.

Frau **Kappen** stellte die Herren Engels, Wegmann und Nake vor und übergab ihnen das Wort.

Herr **Nake** von ENTRA konnte aufgrund einer Terminkollision nur kurz vortragen. Derzeit seien 65 Ehrenamtler aktiv auf dem Gebiet der Flüchtlingsbetreuung. Exemplarisch erwähnte er die Betreuung von Flüchtlingskindern in der Zeit, in der die Eltern an Sprachkursen teilnehmen würden. Er bedauerte sein vorzeitiges Verlassen der Sitzung und wies noch auf die für den 01.07. geplante Menschenkette als Zeichen für ein lebendiges und friedvolles Miteinander in Kamen hin.

Herr **Wegmann** als Vertreter von ProMensch stellte die Arbeit dieser Organisation vor. Zu Beginn habe man sich in 10 Arbeitsgruppen Aufgaben und Ziele gegeben. Die Arbeit sollte ausgerichtet sein auf die 3 Säulen Beratung, Integration und Allgemeine Unterstützung. Im O-Punkt an der Weststraße arbeite man in einem Schichtsystem mit 15-20 Leuten. Ursprünglich sei ein wöchentlicher Umfang von 3 Stunden angedacht gewesen, tatsächlich beläuft sich der Umfang jetzt auf 6-8 Stunden. Insgesamt helfen der Organisation 90 Leute.

Herr **Engels** ergänzte, dass der vorhin von Frau Kappen angesprochene Rechtskreiswechsel am Beratungsbedarf nichts ändere.

Herr **Wegmann** teilte mit, dass pro Tag 40-50 Beratungen stattfinden würden. Er wies darauf hin, dass bei der Arbeit nicht mehr Deutsche für Asylanträge tätig seien, sondern dass man gemeinsam agiere. Wenn man die in 2016 geleisteten Arbeitsstunden aufaddiere, komme man auf ca. 16.000 Stunden. Er wies darauf hin, dass für die Anmietung des Ladenlokals an der Weststraße jährlich 10.000 € Miete zu entrichten seien. Die Finanzierung von ProMensch stehe hier auf wackligen Beinen.

Herr **Engels** wies auf den am 30.09.17 in der Kamener Stadthalle stattfindenden Fachtag Integration und Ehrenamt hin. Es würden 8 Workshops abgehalten und alle im Kreisgebiet tätigen Hilfsorganisationen eingeladen. Die Internetauftritte der Organisationen lauten:

<http://promenschkamen.de/>

<http://www.kirche-am-kreuz.de/fluechtlingsarbeit/412-entra>

Herr **Kemna** dankte für den Einblick in die Arbeit der Ehrenamtlichen und stellte fest, dass mit den geleisteten Arbeitsstunden die Jahresarbeitszeit von 7 Vollzeitbeamten erreicht würde.

Frau **Klanke** bedankte sich für das Engagement über diesen Zeitraum. Sie wies darauf hin, dass man nicht absehen könne, wie sich die Situation in der Türkei weiter entwickle.

Zu TOP 4.

Abmahnwellen im Internet
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Fuhrmann** erläuterte noch einmal den Antrag der CDU-Fraktion.

Frau **Klanke** führte aus, dass hier keine Zuständigkeit der Stadt Kamen gegeben sei und somit keine Beratung des Tagesordnungspunktes möglich sei.

Frau **Kappen** regt an, kurz die Arbeit der Verbraucherberatung zu skizzieren und beleuchtete daher die Tätigkeit der Verbraucherberatung vor dem Hintergrund des Zusammenwirkens mit anderen Einrichtungen. Die Verbraucherberatung arbeite schon immer mit Schulen, Kindergärten und dem Stadt seniorenring zusammen. Sie würde daher vorschlagen, dass die Verwaltung Frau Roth von der Verbraucherzentrale bittet, die Thematik medial aufzubereiten.

Unter anderem könne dann auch publiziert werden, welche Vorträge zu dieser Problematik abgehalten werden können.

Dem Vorschlag von Frau Kappen wurde allgemein zugestimmt.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Kappen** teilte mit, dass die Verwaltung 23 Flüchtlingsintegrationsmaßnahmenplätze beantragt habe.

Weiterhin wies sie darauf hin, dass im ehemaligen Sanitätsgebäude an der Dortmunder Allee ein Schulungsraum eingerichtet worden sei.

Sie teilte außerdem mit, dass am 19.06.2017 vom Integrationsrat ein Fest zum Ende des Ramadan organisiert werde.

Herr **Gödecker** bat darum, für die Opfer von Manchester eine Schweigeminute abzuhalten.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung
keine

gez. Kemna
Vorsitzender

gez. Kappen
Schriftführerin